

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

79. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. November 2007, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Günther Hildebrand (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i. V. v. Jens-Christian Magnussen

i. V. v. Anna Schlosser-Keichel

i. V. v. Wolfgang Kubicki

Weitere Abgeordnete

Ursula Sassen (CDU)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Geplanter Ausbau der Messehalle in Husum	5
Vorlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/2390 und vertraulicher Umdruck 16/2609	
2. Zentrum für maritime Technik und Seefischmarkt Grundstücksverwaltung GmbH (ZTS)	6
Zustimmung zum Erwerb von Grundstücksrechten gem. § 19 Abs. 20 des Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008 vom 14. Dezember 2006	
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/2592	
3. Schleswig-Holstein-Fonds;	7
Freigabe der gemäß Haushaltsvermerk bei Titel 1111 - 893 01 gesperrten Mittel	
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/2594	
4. Haushaltsvollzug 2007, Einzelplan 10;	8
Einwilligung in eine außerplanmäßige Ausgabe zur Sicherung der Impfstoffversorgung in Schleswig-Holstein für den Fall einer Influenza-Pandemie 1002 - 534 02 MG 06	
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/2617	
5. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes (Zusammentreffen von Bezügen)	9
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1667	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Zusammentreffen von Bezügen)	
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1666 (neu)	
6. Amtsgerichtsstrukturreform zum Neubau des Amtsgerichts Lübeck - Bereitstellung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 37 Abs. 3 LHO in Verbindung mit § 5 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2007/2008	10
Vorlage des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa Umdruck 16/2616	

- 7. a) Ergebnis der 130. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 6. bis 7. November 2007 in Nettetal** **12**
- Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2539
- b) Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im Zeitraum Januar bis September 2007**
- Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2590
- 8. Information/Kenntnisnahme** **13**
- 9. Verschiedenes** **14**

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Geplanter Ausbau der Messehalle in Husum

Vorlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/2390 und vertraulicher Umdruck 16/2609

Auf Fragen des Vorsitzenden teilt St Wiedemann mit, nach Ermittlung des tatsächlichen Investitionsvolumens durch die Projektplaner im Frühjahr 2008 werde die Stadt Husum endgültig über das Vorhaben beschließen. Das 13 Millionen € teure Vorhaben solle, wenn die Bedingungen der Machbarkeitsstudie komplett erfüllt seien, aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft mit einer Förderquote von 80 % gefördert werden. Dazu gehörten auch schriftliche Absprachen mit den Messen in Hamburg und Hannover; hinsichtlich der weiteren Entwicklung der HUSUMwind als Leitmesse der Windenergie am Standort Husum sei man zuversichtlich. Die Förderung des Landes sei an eine Nachhaltigkeit von 15 Jahren geknüpft; andernfalls würden Rückforderungsansprüche geltend gemacht. An den laufenden Kosten werde sich das Land nicht beteiligen. Das wirtschaftliche Risiko trage die Stadt Husum. Die Messehalle solle für Veranstaltungen aller Art genutzt werden.

P Dr. Altmann kritisiert die Höhe der Förderquote des Landes und bekräftigt seine Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen Risiken, die zwischen Stadt und Betreiber gleichmäßig verteilt werden müssten und keineswegs beim Land landen dürften.

St Wiedemann sagt dem Ausschuss auf Befragen des Vorsitzenden zu, den Finanzausschuss zeitnah über die Entwicklung des Fördervorhabens zu unterrichten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Zentrum für maritime Technik und Seefischmarkt Grundstücksverwaltung GmbH (ZTS)
Zustimmung zum Erwerb von Grundstücksrechten gem. § 19 Abs. 20 des
Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008 vom 14. Dezember 2006**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2592

St Dr. Wulff macht darauf aufmerksam, dass hinsichtlich des Seefischmarktgeländes kein Landesinteresse mehr bestehe.

Auf Fragen des Vorsitzenden erläutert RL Kruse die verschiedenen Alternativen und deren Wirtschaftlichkeit (Umdruck 16/2592).

P Dr. Altmann empfiehlt, auch die restlichen Anteile des Landes am Stammkapital des ZTS in Höhe von 6 % - möglichst an fremde Dritte - zu veräußern und die Gesellschafterdarlehen des Landes - 595.000 € per 31. Dezember 2005 - im Rahmen dieser Transaktion zu kündigen, weil es nicht Aufgabe des Landes sei, kommunale Gesellschaften mit Krediten zu versorgen.

Der Vorsitzende bittet das Finanzministerium, dem Finanzausschuss die Wirtschaftlichkeitsberechnung inklusive einer Lageskizze vorzulegen und zu den Vorschlägen des Rechnungshofs Stellung zu nehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein-Fonds;
Freigabe der gemäß Haushaltsvermerk bei Titel 1111 - 893 01 gesperrten
Mittel**

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/2594

Abg. Herdejürgen beantragt, die Beschlussfassung über die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Bis dahin möge das Wirtschaftsministerium den Finanzausschuss über den Stand der einzelnen Verhandlungen mit Verkehrsträgern und die Aufschlüsselung auf die Kreise schriftlich unterrichten.

Abg. Heinold möchte vom Wirtschaftsministerium wissen, ob die für 2008 veranschlagten Haushaltsmittel in vollem Umfang benötigt würden.

VP Dopp macht darauf aufmerksam, dass sich die Freigabe durch den Finanzausschuss gemäß Haushaltsvermerk nur auf Ausgaben im Zuge der Verhandlungen mit Verkehrsträgern und nicht auf andere Maßnahmen erstrecken dürfe.

Der Finanzausschuss stellt die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurück.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Haushaltsvollzug 2007, Einzelplan 10;
Einwilligung in eine außerplanmäßige Ausgabe zur Sicherung der Impfstoff-
versorgung in Schleswig-Holstein für den Fall einer Influenza-Pandemie
1002 - 534 02 MG 06**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2617

St Dr. Körner macht deutlich, dass sich Schleswig-Holstein - bei allen kritischen Nachfragen - dem Vertragsabschluss aus gesundheitspolitischen Gründen nicht entziehen könne. Im Falle einer Grippe-Pandemie werde es hinsichtlich der Impfstoffbeschaffung eine Refinanzierung durch die Krankenkassen geben. Gedeckt werde die in der Tat unvorhergesehene außerplanmäßige Ausgabe durch Einsparungen bei sozialgesetzlichen Leistungen und im Personalbudget des Ministeriums. Im Jahr 2008 werde keine entsprechende Ausgabe anfallen.

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss zu, dass es der Einbringung eines Nachtragshaushaltes nicht bedarf.

Punkt 5 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes (Zusammentreffen von Bezügen)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1667

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Zusammentreffen von Bezügen)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1666 (neu)

(überwiesen am 22. November 2007 an den Innen- und Rechtsausschuss
und den Finanzausschuss)

Der Finanzausschuss teilt die Intention der Gesetzentwürfe, die in der Dezember-Tagung des Landtages in zweiter Lesung behandelt werden sollen, und überlässt die Beschlussfassung dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Amtsgerichtsstrukturreform zum Neubau des Amtsgerichts Lübeck - Bereitstellung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 37 Abs. 3 LHO in Verbindung mit § 5 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2007/2008

Vorlage des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa
Umdruck 16/2616

St Dr. Schmidt-Elsaëber begründet die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1,8 Millionen € für den Erweiterungsbau des Amtsgerichts Lübeck mit nicht berücksichtigten Archivflächen, Indexsteigerungen und Mehrbedarfen infolge von Umplanungen. Ziel der Amtsgerichtsstrukturreform sei die Optimierung der Gerichtsorganisation und der Wirtschaftlichkeit. Bei allen vier vom Justizministerium durchgerechneten Modellen werde die Wirtschaftlichkeit erreicht. Man vertrete in diesem Zusammenhang allerdings nach wie vor die Auffassung, dass für die Kapitalwertberechnung für den Anbau ein Zeitraum von 50 Jahren zugrunde gelegt werden sollte. Die Auflösung der Amtsgerichte in Kappeln und Geesthacht sei in personeller und wirtschaftlicher Hinsicht erfolgreich verlaufen. In Kappeln steige man zum 8. August 2008 aus dem Mietvertrag aus, in Geesthacht zum April 2008. Gegen die Umsetzung der Amtsgerichtsstrukturreform seien bisher keine Beschwerden eingegangen.

St Dr. Wulff und Abg. Sauter legen Wert darauf, bei der Kapitalwertberechnung auf einen Zeitraum von 20 Jahren abzustellen. Denn bei einem Zeitraum von 50 Jahren müsste man substanzerhaltende Investitionen einberechnen.

Abg. Sauter beantragt, die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, und bittet das Justizministerium, bis dahin die Mehraufwendungen näher zu erläutern und etwaige weitere finanzielle Risiken zu benennen.

St Dr. Schmidt-Elsaëber weist darauf hin, dass es sich nach wie vor um eine Kostenschätzung handle und man das Ausschreibungsergebnis abwarten müsse.

Unter Hinweis auf das vom Landtag zu Textziffer 12 der diesjährigen Bemerkungen verabschiedete Votum regt VP Dopp an, Räumlichkeiten des Sozialgerichts Lübeck und der Staatsanwaltschaft Lübeck für das Amtsgericht zu nutzen.

Auch Abg. Koch fragt angesichts des Ausmaßes der Kostensteigerung nach alternativen Unterbringungsmöglichkeiten an anderen Standorten.

Abg. Hamerich erkundigt sich nach Mehrkosten beim Amtsgericht Eutin infolge der Schließung des Amtsgerichts Bad Schwartau.

St Dr. Schmidt-Elsaesser erinnert an das Ziel, das Amtsgericht Lübeck an einem Standort zu konzentrieren und damit organisatorische Vorteile zu erzielen. Er sagt zu, zu den aufgeworfenen Fragen schriftlich Stellung zu nehmen.

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurück.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Ergebnis der 130. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 6. bis 7. November 2007 in Nettetal

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2539

b) Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im Zeitraum Januar bis September 2007

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2590

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen des Finanzministeriums ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/2538 - Förderung der familienbewussten Personalentwicklung

Umdruck 16/2540 - Lizenzvertrag zur Wertmarke - Polizei -

Umdruck 16/2541 - Jahresbericht des Archäologischen Landesamts für das Jahr 2006

Umdruck 16/2545 - Planungsleitlinien GMSH

Umdruck 16/2564 - Baltic Sea International Campus

Umdruck 16/2591 - Zuschüsse an Kirchen

Der Ausschuss nimmt die o. a. Vorlagen zur Kenntnis.

Zu Umdruck 16/2545 - **Planungsleitlinien 2008/2009 der GMSH** - bittet der Vorsitzende das Finanzministerium, zu den im Bereich Beschaffung noch nicht erreichten Zielen schriftlich Stellung zu nehmen (Seite 23 der Vorlage).

Zu Umdruck 16/2564 - **Baltic Sea International Campus** - erklärt P Dr. Altmann, er sehe die Bedenken des Landesrechnungshofs bestätigt, und fragt insbesondere nach der Zukunft des Studentenwohnheims.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Zur Beratung über den **Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr** in der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ teilt der Vorsitzende mit, die von den Abgeordneten Herdejürgen und Koch erbetene Ergänzung der Zahlen zum Bundesländer-Benchmarking um Angaben zum Umfang der Fremdvergabe sei nach Aussage des Wirtschaftsministers nicht möglich.
- b) Der Vorsitzende bittet die Landesregierung um eine Stellungnahme zu Auswirkungen der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster zum Selbstbehalt bei der **Beihilfe von Beamten**.
- c) Der Vorsitzende fragt das Finanzministerium, warum das System GINSTER - **Länderübergreifende Stammdatenverwaltung der Finanzbehörden** - in Schleswig-Holstein noch nicht eingeführt sei.
- d) Der Vorsitzende fragt das Finanzministerium nach dem Stand der Beratungen über die **Erbschaftsteuerreform** und insbesondere nach dem Gebot der Aufkommensneutralität.
- St Dr. Wulff äußert, er gehe davon aus, dass die bisher beschlossenen Eckpunkte zur Erbschaftsteuerreform in den Ländern nicht zustimmungsfähig seien.
- e) Der Finanzausschuss beschließt, vom 4. bis 6. Juni 2008 eine **Informationsreise nach Kopenhagen** durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 13:10 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer